

Ein Alleingang der Schweiz endet im Bankrott

Im Zusammenhang mit der unendlichen Geschichte um Steuerhinterziehung und den Aktivitäten von Finanzplätzen müsste man beim letzten Hahn im Hühnerhof Schweiz angekommen sein – (das Bild habe ich von einem sehr erfahrenen Kollegen; er hat mir diesbezüglich zutreffend geschrieben, dass ihn die Schweiz gegenwärtig mehr an einen Hühnerhof als an eine geordnete Wertegemeinschaft erinnere): Ein Alleingang der Schweiz unter dem Titel Weissgeldstrategie endet im Bankrott. Man kann nämlich alle Dilemma-Situationen so erledigen, dass man einen exzellenten Ruf hat, aber nichts mehr zu beissen, während die andern schlemmen.

Das heisst: All das klappt nur, wenn es – so nennt man die gleich langen Spiesse in der Business-Sprache – ein «level playing field» gibt. Das gilt nicht nur hier. Damit ethisch-moralische Dimensionen nicht bloss vordergründig und leicht gesagt eine Rolle spielen, müssen sie für alle gelten und bei allen durchgesetzt werden. Es wird heute wohl kaum jemand sagen, er sei dagegen – auch wenn er nicht dafür ist.

Können Sie sich noch an den Besuch von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann in Kasachstan erinnern? Für ihn stand bei seinem Besuch ein Freihandelsabkommen im

Fokus. Angesprochen auf Geldwäsche, Korruption, kriminelle Organisationen (im Zusammenhang mit politisch exponierten Personen) und den langen Arm des dortigen Regimes, welche beispielsweise die Justiz in Genf beschäftigen, brachte der Bundesrat in einem Interview mit der Sendung «Rundschau» unter Hinweis auf die in

der Schweiz (nicht in Kasachstan) herrschende Gewaltentrennung vor, dass die politische Zusammenarbeit durch diese Fälle nicht gestört werden dürfe.

Kurz gesagt: Er zeigte eine Denkweise, die das eine vom andern trennt, und enthielt sich einer Würdigung des Systems. Das gleiche würde wohl in Aserbeidschan der Fall sein, wo die Schweiz und die Europäische Union als Konkurrenten auftreten im Wettbewerb um einen grossen Erdgaspipeline-Auftrag. Das bedeutet nichts anderes, als dass Machthaber so lange Akzeptanz geniessen, als Aufträge für die Wirtschaft herausschauen und der Bundesrat nichts anderes sagt. Nun ist das Ganze aber insofern nicht widerspruchsfrei, als von den Banken in der Schweiz diesbezüglich ganz andere Verhaltensweisen erwartet werden: Sie haben eine politische und letztlich juristisch-wirtschaftliche Wertung vorzunehmen. Sie sind und werden es auch bleiben «ein Teil unserer Wirtschaft» (mit diesem Slogan übrigens haben sie die Bankeninitiative 1984 erfolgreich bekämpft).

Die Schweiz hat als erstes Land überhaupt bereits 1998 konkrete Regeln für die Banken über den Umgang mit Vermögenswerten von politisch exponierten Personen eingeführt und in der Folge weiterentwickelt. Banken dürfen keine Gelder entgegennehmen, die

aus Korruption oder dem Missbrauch öffentlicher Kassen stammen.

Der Begriff «politisch exponierte Person» (PEP) ist definiert. Als PEP werden Personen bezeichnet:

- mit prominenten öffentlichen Funktionen im Ausland (wie «Staats- und Regierungschefinnen und -chefs, hohe Politikerinnen und Politiker auf nationaler Ebene, hohe Funktionärinnen und Funktionäre in Verwaltung, Justiz, Militär und Parteien auf nationaler Ebene, die obersten Organe staatlicher Unternehmen von nationaler Bedeutung») sowie

AUSSICHTEN

- «Unternehmen und Personen, die den genannten Personen aus familiären, persönlichen oder geschäftlichen Gründen erkennbar nahe stehen».

Was ist nun aber, wenn solche Potenzen in die Staatskasse greifen und Luxuslimousinen en masse bestellen? Was ist, wenn der Gesundheitsminister eines Landes, dessen Spitäler wir alle lieber nicht aufsuchen möchten, statt der Sanierung eines wichtigen Spitals für eine Million Dollar solche Wagen für seine Entourage und seine Familienmitglieder bestellt – selbstverständlich zu Lasten öffentlicher Kassen?

Was ich damit sagen will ist nicht, dass die Banken nicht hinschauen müssten. Deren Pflichten sind umschrieben, und sie sind einzuhalten. Aber man muss sich Rechenschaft darüber abgeben, dass es in der Wirtschaft viele Akteure gibt, die viel Geld an korrupten und die öffentlichen Kassen plündernden, politisch exponierten Personen verdienen. Was ist der Unterschied, ob ein Unternehmen mit einem Stern auf der Kühlerhaube oder eines mit Schlüsseln im Logo dieses Geld entgegennimmt – der Unrechtsgehalt im untechnischen Sinne scheint mir nicht anders zu sein. Auf den Punkt gebracht hat es ein französischer Anwaltskollege: «Eine Villa in Paris bedeutet ein Krankenhaus weniger in Afrika.»

Man sieht also: das alles ist nicht stringent durchdacht und nicht frei von Opportunismus ist.

MONIKA ROTH

HINWEIS

Monika Roth (61) ist Professorin für Compliance und Finanzmarktrecht an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiterin am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ). Monika Roth ist Autorin mehrerer Fachbücher aus den Bereichen Compliance und Vermögensverwaltung. Ihr Buch «Das Dreiecksverhältnis Kunde-Bank-Vermögensverwalter» ist vor kurzem in der zweiten überarbeiteten Auflage im Dike-Verlag erschienen.

